- Objektlisten unter Berücksichtigung der Gliederung in Teilvorhaben, Konzeption der Baumaßnahmen der einzelnen Objekte mit Raumprogramm;
Anwendung von Typen, Freibaumweise usw.;
- Einschätzung der benötigten Hauptbaustoffe, Stahlbetonfertigteile, Stahlkonstruktionen;
- Einschätzung der Baukosten nach Leistungsbereichen;
- Konzeption der Bautechnologie;
- Grobterminplan für den Bauablauf;
- Nachweis der ökonomischen und technischen Zweckmäßigkeit der baulichen Grundkonzeption mit den wichtigen bautechnischen und ökonomischen Daten.
- e) Nutzeffektnachweis für das Vorhaben insgesamt und für die Teilvorhaben
- Nachweis und Einschätzung (Vergleich und Analyse) der Investitionskosten;
- Nachweis und Einschätzung (Vergleich und Analyse) der Selbstkosten;
- Nachweis und Einschätzung der Arbeitskräfteentwicklung;
- Einschätzung anderer Nutzungsgesichtspunkte;
- Beurteilung des Vorhabens insgesamt, Gegenüberstellung und Abwägen der einzelnen ökonomischen und außerökonomischen Nutzungsgesichtspunkte;
- Nachweis der Zweckmäßigkeit und Realisierungswürdigkeit des Vorhabens durch internationale und nationale Vergleiche;
- Vorschlag von Kennziffern für die Bestätigung gemäß § 40.
- (2) Als Anhang zur Aufgabenstellung sind beizufügen:
- Gutachten, Zustimmungen und Genehmigungen, soweit sie entsprechend der Art des Vorhabens erforderlich sind:
- a) Standortgenehmigungen einschließlich der Bestätigung der Deckung des Arbeitskräftebedarfs,
 - b) Gutachten der Staatlichen Geologischen Kommission mit Bestätigung der Vorratsberechnung durch die Zentrale Vorratskommission,
 - c) Ingenieur-Geologisches Gutachten der Staatlichen Geologischen Kommission in Zusammenarbeit mit der Ausarbeitung,
 - d) das Vorgutachten über die Baugrunduntersuchung,
 - e) Gutachten des Meteorologischen Dienstes,
 - f) Gutachten der zuständigen Wasserwirtschaftsdirection einschließlich Hydrogeologisches Gutachten bzw. Anschlußgenehmigung des zuständigen örtlichen wasserwirtschaftlichen Betriebes,
 - g) Zustimmung der Abteilung Feuerwehr der Deutschen Volkspolizei,
 - h) Zustimmung der Hygiene-Inspektion,
 - i) Zustimmung der Bezirksstelle für wirtschaftliche Energieanwendung,
 - j) Zustimmung des zuständigen VEB Energieversorgung,
 - k) Zustimmung der zuständigen Bergbehörde,
 - l) Zustimmung der zuständigen Organe der Deutschen Reichsbahn,
 - m) Zustimmung der Wasserstraßenämter,
 - a) Zustimmung des zuständigen Straßenunterhaltungsbetriebes,

- o) Zustimmung des Luftschutzes,
 - p) Zustimmung der Hauptabteilung Zivile Luftfahrt des Ministeriums für Verkehrswesen,
 - q) Zustimmung der Naturschutzverwaltung,
 - r) Zustimmung der Arbeitsschutzinspektion,
 - s) Zustimmung der Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen,
 - t) Zustimmung der zuständigen Stelle für Silikosebekämpfung,
 - u) Zustimmung des Amtes für Kernforschung und Kerntechnik (beim Auftreten radioaktiver Substanzen),
 - v) Zustimmung des VEB Typenprojektierung hinsichtlich der Anwendung von Typenbauten oder Fertigteilbauweise,
 - w) Zustimmung des zuständigen bautechnischen Leitprojektanten, z. B. VEB Hochbauprojektierung Karl-Marx-Stadt, bei Verwaltungsbauten,
 - x) Zustimmung des Staatssekretärs für Forschung und Technik für alle Vorhaben zum Bau neuer bzw. zur Erweiterung der Kapazität bestehender naturwissenschaftlicher Forschungs- und Entwicklungsstellen,
 - y) Stellungnahme des Instituts für Verwaltungsorganisation und Bürotechnik Leipzig bei Büro- und Verwaltungsbauten.
- (3) Als Protokolle sind dem Anhang, soweit erforderlich, beizufügen:
- a) Protokoll über die mit anderen Planträgern getroffenen Vereinbarungen über die Vorbereitung und Durchführung von Folgeinvestitionen,
 - b) Protokolle über die Beratungen mit den Werktätigen und der Bevölkerung.

Abschnitt 3

Das Projekt

(Zu §§ 24 und 25 der Verordnung)

§ 31

(1) Die Ausarbeitung des Projektes ist die Phase der Vorbereitung von Investitionsvorhaben, in der die Konzeption der Aufgabenstellung in die endgültige und eindeutige ökonomische, technologische und bauliche Lösung umgewandelt wird. Sie basiert auf realisierbaren Angeboten der Lieferer.

(2) Die Ausarbeitung von Projekten für den Aufbau neuer Betriebe und Einrichtungen, für die noch kein Rechtsträger besteht, ist vom Planträger, für alle übrigen Vorhaben vom Investitionsträger, in Auftrag zu geben. Der Leistungsumfang der Projektierung regelt sich nach §§ 33 bis 36. Er kann abweichend davon je nach den Erfordernissen des Investitionsvorhabens vom Hauptprojektanten in Abstimmung mit dem Investitionsträger den Spezialprojektanten und den Hauptauftragnehmern verringert oder erweitert werden.

(3) Wird es erforderlich, gemäß § 47 der Verordnung Ergänzungen des Projektes vorzunehmen, so ist hierüber zwischen dem Investitionsträger und dem Hauptprojektanten in Abstimmung mit dem Planträger und den Hauptauftragnehmern eine vertragliche Vereinbarung abzuschließen.

§ 32

Die in der Aufgabenstellung festgelegten Hauptauftragnehmer sind verpflichtet, unabhängig vom Abschluß